

Stromtrasse: Betroffene sollen mitreden dürfen

Städte- und Gemeindebund fordert Anhörung

LANDKREISDer Kreisverband Diepholz im Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund setzt sich dafür ein, dass die von der geplanten 380-kV-Stromtrasse Ganderkesee-St. Hülfe betroffenen Bürger eine Stimme bekommen - und dass der volkswirtschaftliche Nutzen von Erdverkabelung und Freileitung in einem Gutachten genau untersucht wird. Die Kommunalvertreter stellen diese Forderung vor dem Hintergrund des Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes, zurzeit im Gesetzgebungsverfahren.

Dazu sei in den betroffenen Ausschüssen des Bundestages eine öffentliche Anhörung geplant, so der Kommunalverband. Dabei solle es auch um die Erdverkabelung gehen. "Da das Infrastrukturbeschleunigungsgesetz als erste Neubautrasse die Strecke Ganderkesee-St. Hülfe betreffen könnte und Bürger und Kommunen sich bereits intensiv mit der Problematik - insbesondere auch einer möglichen Erdverkabelung - befasst haben, sollten die örtlich Betroffenen angehört werden", fordert der Kreisverband Diepholz im niedersächsischen Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit dem "Arbeitskreis Windenergietrassen", in dem kommunale Vertreter aus 14 Landkreisen - vornehmlich aus dem nordwestlichen Bereich Niedersachsens - vertreten sind.

Der Arbeitskreis hält die im Gesetzentwurf vorgesehene Begrenzung von Erdkabel auf zehn Prozent der Neubaustrecken für nicht sachgerecht: "Erforderlich ist vielmehr immer eine einzelfallbezogene Entscheidung". Nicht die reinen Baukosten, sondern Aspekte der volkswirtschaftlichen Nachhaltigkeit seien zu berücksichtigen. Dabei dürfe nicht unbeachtet bleiben, dass der Bau eines GIL-Erdkabels (Gas-isolierte Leitung) innovativen Charakter hätte und sich daraus auf dem Weltmarkt Exportchancen ergeben könnten.

[19.06.2006]